

Alexander Grau

Das Porträt: Markus Lehmkuhl



Seit 2015 ist Dr. Markus Lehmkuhl Professor für Wissenschaftskommunikation in digitalen Medien am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Nach einem Studium der Biologie und der Journalistik in Dortmund ging er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Arbeitsbereich „Wissenschaftsjournalismus“ der Freien Universität Berlin. Nach seiner Promotion und verschiedenen Lehraufträgen war er u. a. wissenschaftlicher Leiter des europäischen Forschungsprojekts „Audio Visual Science Audiences“ (AVSA) und von 2011 bis 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Neurowissenschaften und Medizin am Forschungszentrum Jülich. Zudem ist Markus Lehmkuhl gelernter Müller.

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik stand der Wissenschaftsjournalismus dermaßen im Zentrum gesellschaftlicher Debatten wie während der Coronapandemie. Und selten war er so umstritten. Denn eine Pandemie, und insbesondere deren Bekämpfung, ist nicht nur ein medizinisches Thema, sondern auch ein politisches. Genau da aber beginnt auch schon das Problem. Denn dort, wo Politik *aufgrund* wissenschaftlicher Befunde gemacht wird, ist die Versuchung groß, Politik *mit* wissenschaftlichen Befunden zu machen.

Aufgabe des Wissenschaftsjournalismus wäre es in einer solchen Situation, Fakten von Vermutungen zu trennen und darauf aufmerksam zu machen, dass aus einer empirischen Feststellung niemals eine moralische Aufforderung ableitbar ist. In einer von Ängsten und Unsicherheiten dominierten Kommunikationssituation und im Rahmen der Eigenlogik einer Branche, die einer starken Aufmerksamkeitsökonomie unterliegt, ist ein solches Ethos allerdings schwer aufrechtzuerhalten. Zu groß ist die Versuchung, schaurige Schlagzeilen zu titeln oder Kritikern gegenüber den Schulmeister zu spielen.

Die Tendenz der Politisierung des Wissenschaftsjournalismus ist dabei nicht neu. Spätestens seit dem Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung in den 1970er-Jahren, seit saurem Regen und Klimawandel tangieren explizit wissenschaftliche Fragen das politische Handeln. Entsprechend sieht sich die wissenschaftsjournalistische Kommunikation in Spannungsfelder gezogen, in die man mit Berichten über Quarks, schwarze Löcher oder Supernovae in der Regel nicht kommt. Hinzu kommt die Entwicklung in den sozialen Medien, insbesondere von YouTube, wo dem klassischen Wissenschaftsjournalismus eine sehr schillernde und rege Konkurrenz erwachsen ist.

Mit den kommunikationstheoretischen und medienwissenschaftlichen Fragen, die sich aus diesen neuen Konstellationen ergeben, beschäftigt sich intensiv Dr. Markus Lehmkuhl, Professor für Wissenschaftskommunikation in digitalen Medien am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Entsprechend war er in den letzten Monaten ein gefragter Fachmann in den *Tagesthemen*, der *Tagesschau*, bei MDR Kultur oder Radio Eins.

Müller, Journalist und Wissenschaftler

Markus Lehmkuhls Biografie verlief zunächst alles andere als linear. „Ich war ein eher problematischer Schüler“, gesteht der Wissenschaftler freimütig ein. Auch aufgrund seines familiären Umfeldes sei zunächst klar gewesen, dass er ein Handwerk erlernen wollte. „Am liebsten wäre ich Bauer geworden“, erinnert er sich, „doch dafür war unser Hof nicht groß genug. Also habe ich eine Lehre als Müller gemacht.“

Nach Lehre und Berufseinstieg musste Lehmkuhl allerdings zum Zivildienst. „Das war der Zeitpunkt“, erzählt er, „der alles veränderte. Ich arbeitete damals in einer alternativen Lebensgemeinschaft in Niedersachsen. Dabei ging es auch um Selbstversorgung und Autarkie. Die wollten lernen, wie man ein Gemüsebeet anlegt und wie man das einfache Leben praktizieren kann.“ In diesem Kontext sei er mit einer ganz neuen Klientel in Berührung gekommen. „Das waren alles Leute, die aus einem akademischen Umfeld kamen. Für die war ich ein Alien.“ Immerhin habe ihm das den Impuls verschafft, nicht in die Mühle zurückzukehren, sondern das Abitur nachzumachen.

1994 begann Markus Lehmkuhl dann sein Studium der Biologie und der Journalistik an der Universität Dortmund. „Meine Studienwahl war vor allem von dem Gedanken geprägt, mich nicht auf eine Disziplin festlegen zu müssen. Zudem interessierte mich Biologie mehr als Soziologie oder Politik.“ Nach seinem Diplom ging Lehmkuhl zunächst als Wirtschaftsredakteur zur „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“, später zum Arbeitsbereich „Wissenschaftsjournalismus“ der Freien Universität Berlin. „Das passte damals sehr gut“, erklärt der Medienwissenschaftler, „da ich einerseits eine sehr gründliche radiojournalistische Ausbildung hatte und zugleich einen naturwissenschaftlichen Hintergrund mitbrachte.“

An der FU Berlin wurde Lehmkuhl schließlich auch promoviert. Das Thema seiner Arbeit: *Risikoverarbeitung im Kontext. Die Rolle von egozentrierten Netzwerken und der Massenkommunikation bei der Bewältigung der BSE-Krise 2000*. Damit wandte sich Lehmkuhl einem Themenkomplex zu, der über 20 Jahre später Aktualität und Relevanz gewinnen sollte: dem Zusammenspiel von Medienrezeption und Kommunikation in einer Peergroup unter dem Eindruck einer sich ausbreitenden gesundheitlichen Bedrohung.

„Zu diesem Zweck bin ich in eine kleine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern gegangen, habe mich dort eingemietet und bin von Tür zu Tür gezogen, um eine Karte des Netzwerkes der sozialen Beziehungen zu erstellen.“ Entsprechend hatte Lehmkuhl einen abgelegenen Ort gewählt, der zugleich so groß war, dass die Bewohner sich nicht zwangsläufig nach außen orientierten.

„Von jedem Einwohner habe ich dann Datensätze erstellt, etwa darüber, was sie über BSE wissen und wie sie es einschätzen. So konnte ich verschiedene Gruppen einander zuordnen und abschätzen, ob beispielsweise Angleichungsprozesse stattfinden.“ Anhand seiner Forschungsergebnisse konnte Lehmkuhl etwa zeigen, dass sozial isolierte Menschen Zeitungsinformationen kaum wahrnehmen. Mediale Informationen werden offensichtlich erst dann wirklich verarbeitet, wenn sie in der Gruppe besprochen werden. Das allerdings verändert auch wieder die medial vermittelten Informationen. „Eine Parallele zwischen damals und der heutigen Situation liegt darin“, erläutert Lehmkuhl, „dass Minderheiten, die hinsichtlich der Risikoeinschätzung vom Mainstream abweichen, sehr viel intensiver miteinander kommunizieren, um die eigene Position zu verifizieren. Oder anders: Menschen, die sich in der Minderheit glauben, haben einen hohen Gesprächsbedarf.“ Das erkläre auch, weshalb im Zeitalter digitaler sozialer Medien solche Minderheitenpositionen eine große Sichtbarkeit hätten. Allerdings leiste die Anonymität digitaler Medien einer Radikalisierung dieser Peergroups Vorschub, die man in der klassischen analogen Kommunikation so nicht wahrnehme.

Wissenschaftsfernsehen in Europa

Nach seiner Promotion war Markus Lehmkuhl u. a. von 2008 bis 2010 wissenschaftlicher Leiter des europäischen Forschungsprojekts „Audio Visual Science Audiences“ (AVSA). „Das war damals die erste substanzielle vergleichende Untersuchung zum europäischen Wissenschaftsfernsehen. Insbesondere haben wir ländervergleichend das Angebot an Wissenschaftssendungen im weitesten Sinne untersucht, von der Doku bis zum Gesundheitsmagazin“, erzählt Lehmkuhl. „Schwerpunkt war dabei der Zusammenhang von Mediensystemen und Angebotsstruktur.“

Wissenschaftssendungen im linearen Fernsehen müssten sich, anders als im Radio, am Mainstream orientieren, könnten also weniger in die Tiefe gehen oder Spezialinteressen bedienen: „Da geht es ja vor allem darum, um 20.15 Uhr Zuschauer vor dem Fernsehen zu halten, die an dem Thema zunächst gar kein spezifisches Interesse haben. Das dominiert die Themen-selektivität im seriellen Fernsehen enorm – in ganz Europa.“ Anders sehe das beispielsweise bei Mediatheken aus, wo man sachlich interessierte Rezipienten habe. Dort sei man mit eher mainstreamorientierten Formaten weniger erfolgreich, da das Publikum auf Streamingplattformen in der Regel ein vertieftes Interesse an einem speziellen Thema habe. Eine erfolgreiche Mediathek dürfe daher nicht dabei stehen bleiben, verpasste

Sendungen abrufbar zu machen, sondern müsse Angebote bereitstellen, die Einzelfragen vertieften.

Damit setze sich allerdings ein Trend fort, der seit Jahrzehnten zu beobachten sei: Themen und Themenvertiefungen wanderten von den etablierten Sendern und Hauptabendprogrammen ab in Special-Interest-Formate auf ARTE oder 3sat. Diese Diversifizierung der Kanäle habe auch zu einer stärkeren Aktualisierung der Wissenschaftsberichterstattung geführt: „Ein Hoimar von Ditfurth konnte keine aktuelle Wissenschaftsberichterstattung im Fernsehen machen, das wäre unvorstellbar gewesen. Diese Spezialisierungsschwelle ist erst mit einem Senderverbund wie bei *Nano* überschritten worden. Und das ist bezeichnenderweise auch nur in Deutschland gelungen.“

Wissenschaftsjournalismus und Politik

Spätestens mit dem Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung wurden wissenschaftsjournalistische Themen, die bis dahin als vergleichsweise unpolitisch galten, zunehmend politisiert. „Es gab in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe gesellschaftspolitischer Fragen mit Wissenschaftsbezug, hinsichtlich derer kein gesellschaftlicher Konsens bestand“, erinnert sich Lehmkuhl. „Man denke nur an die Stammzellenforschung, die Gentechnik oder die Kernkraft. Um diese Issues wurden dann politische Debatten geführt, das liegt in ihrer Natur.“

Allerdings gebe es in der journalistischen Praxis häufig die Haltung, im Wissenschaftsjournalisten den „Erklär-Onkel“ zu sehen, der erzähle, weshalb die Erde rund sei oder die Blätter grün. Entsprechend sähen sich viele Politjournalisten, die wissenschaftliche Themen bearbeiteten, nicht als Wissenschaftsjournalisten. „Demgegenüber haben Wissenschaftsjournalisten häufig die Vorstellung, man könne gesellschaftliche Konflikte einfach durch Fakten klären. Ich fürchte aber, dass das so nicht funktioniert. Aus wissenschaftlichen Fakten folgen keine politischen Handlungsanweisungen.“ Allerdings, so der Wissenschaftler, sei in modernen Gesellschaften die Wissenschaft das System, das uns am verlässlichsten mit Wissen versorge und zu dem es keine Alternative gebe.

Bei ihren Untersuchungen zur wissenschaftlichen Kommunikation, so Markus Lehmkuhl, unterscheide seine Forschungsgruppe daher zwischen appellierenden, substantiierenden und deutenden wissenschaftlichen Aussagen. Der Anteil dieser drei Formen des Sprachhandelns an der Wissenschaftskommunikation habe sich in den letzten Jahren nicht verschoben. Lediglich in der zweiten Hälfte der Coronakrise, so Lehmkuhls persönlicher Eindruck, habe sich das geändert: „Dass sich im Laufe der Krise Wissenschaftler mehr und mehr genötigt sahen, sich auch zu politischen Fragen zu äußern, kann allerdings auch an entsprechenden Anfragen aus dem Journalismus liegen“, gibt der Wissenschaftler zu bedenken. „Das hat allerdings auch dazu geführt, dass manche Wissenschaftler mitunter zu vergessen schienen, dass sie als Experten gefragt waren und das öffentliche Interesse sich nicht auf sie als Person und ihre Meinung richtete.“ Nicht zuletzt auch Anforderungen aus der Politik, sich stärker in die Debatten ein-

»Menschen, die sich in der Minderheit glauben, haben einen hohen Gesprächsbedarf.«

zubringen, habe manche Wissenschaftler dazu verführt, nicht mehr klar zwischen Wissenschaft und PR in eigener Sache zu unterscheiden.

Befördert werde diese Tendenz noch dadurch, dass politische Journalisten ihre Quellenauswahl nicht immer sachlich begründen könnten, sondern auf Experten zurückgriffen, die sich auch zu anderen Themenfeldern geäußert hätten. „Da ist ein deutlicher Unterschied zum Wissenschaftsjournalismus, wo die Auswahl der Experten tatsächlich auch davon beeinflusst ist, ob diese Experten zum jeweiligen Thema auch geforscht haben. Allgemeine Journalisten treffen solche Unterscheidungen nicht“, so Lehmkuhl. Im Falle von Corona sei das anders gewesen, was mit der Relevanz und Präsenz des Themas zu erklären sei. Zudem hätten viele Experten selbsttätig die Öffentlichkeit gesucht.

„Allerdings“, schränkt der Forscher ein, „sehen wir auch bei Corona, dass 80 % aller Aussagen von 20 % der in den Medien präsenten Experten geäußert werden. Das ist eine sehr schiefe Verteilung, die uns immer wieder auffällt, auch bei anderen Themen. Das hat mit Sicherheit praktische Gründe, führt aber zu einer gewissen Homogenität und kann den Eindruck erwecken, das Meinungsspektrum würde eingeschränkt. In Computermodellen“, erläutert der Wissenschaftler weiter, „bekommt man eine solche Verteilung immer dann, wenn die Wahrscheinlichkeit 90 % beträgt, dass ein Journalist einen Experten auswählt, den er schon einmal zuvor befragt hat.“

Die Ursache für dieses Ungleichgewicht liege vor allem in ökonomischen Gründen: In der Praxis hätten die Medien gar nicht die Kapazitäten, für jede neue Detailfrage den passenden Experten zu recherchieren, sondern griffen im Zweifelsfall auf bewährtes Personal zurück. „Das ist durchaus demokratiegefährdend, da wir in der Demokratie Vielfalt brauchen.“

Wissenschaftsjournalismus als Diener der Öffentlichkeit

Diese Vielfalt wird in den letzten Jahren außerhalb der traditionellen Medien hergestellt, insbesondere auf zahllosen YouTube-Kanälen, wo sich seriöse oder weniger seriöse Experten und Nichtexperten zu wissenschaftsjournalistischen Themen äußern. „Was die reine Wissensvermittlung angeht, ist YouTube ein Segen“, unterstreicht Lehmkuhl. „Das reicht vom Fahrradreparaturvideo über Kochkanäle bis zum Mathematikurs. Bezogen auf die Meinungsbildung hat das allerdings seinen Preis. Mittelfristig sehe ich in einer freien Gesellschaft allerdings keine Chance, diese Auswüchse wegzuregulieren.“

Skeptisch zeigt sich Markus Lehmkuhl hinsichtlich des Gedankens, Kritiker wissenschaftlich gestützter Maßnahmen – von Lockdowns bis Impfungen – stärker in den öffentlichen und damit auch wissenschaftlichen Diskurs einzubinden. „Diese segmentierten Bereiche in den öffentlichen Diskurs hineinzuholen, ist im Prinzip eine gute Idee, setzt aber deren Bereitschaft voraus, sich so einem Diskurs zu stellen. Diese Bereitschaft sehe ich nicht.“

In einer dermaßen heterogenen Gesellschaft, so Lehmkuhl, müsse daher der Wissenschaftsjournalismus politischer werden. Wissenschaftsjournalismus, der lediglich Wissen vermittelt, werde aufgrund der sozialen Medien überflüssig. Stattdessen sollte es darum gehen, wissenschaftliche Prozesse zu beobachten und problematische Entwicklungen zu benennen, die sich in diesem System abzeichnen. „Das machen die Wissenschaftler nicht von allein. Hier muss der Wissenschaftsjournalismus als kritischer Beobachter fungieren.“

Ein gutes Beispiel dafür sei die Corona-Labor-Unfall-Hypothese, die schon zu Beginn der weltweiten Pandemie von einer Reihe renommierter Virologen versucht wurde, im Keim zu ersticken. „Das ist ein klassischer Fall, wo Fachleute mit hoher Reputation versuchen, eine These in das Schattenreich der Verschwörungstheorien abzuschieben. Und das, obwohl die empirische Evidenz, die sie haben, dieses Vorgehen nicht deckt. Die Biologie dieses Virus gibt das nicht her“, so Lehmkuhl. Solche Vorgänge seien daher prädestinierte Felder für Wissenschaftsjournalisten, „weil man dort sehr viel Expertise darüber braucht, wie Wissenschaft funktioniert, wie sie finanziert wird, wie sie international vernetzt ist und wer wo an welchen Laboratorien beteiligt ist. Wir brauchen im Wissenschaftsjournalismus Strukturen, die der Öffentlichkeit dienen und nicht einfach nur Infotainment bereitstellen oder als Werbung für die Wissenschaft fungieren.“



Dr. Alexander Grau arbeitet als freier Kultur- und Wissenschaftsjournalist u. a. für „Cicero“, „NZZ“ und den Deutschlandfunk.